

Aus: Verraten und verkauft in Rourkela – Zeitzeugen berichten von der Enteignung durch das deutsch-indische Stahlwerksprojekt Rourkela. Eine Studie von Martina Claus und Sebastian Hartig.
Herausgegeben von der Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. Heidelberg: Draupadi Verlag, 2011
ISBN 978-3-937603-59-9

**Herr Habil Lomga
aus der Umsiedlungskolonie Lachhada,
rund 80 Kilometer von Rourkela entfernt,
aufgenommen am 4. Februar 2009:**

Als man das Stahlwerk in Rourkela plante, benötigte man Wasser für die Stahlproduktion. Zu diesem Zweck wurde der Mandira-Staudamm gebaut.

Damals waren die Menschen, die am Ufer des Flusses lebten, Analphabeten und ohne Schulbildung. Sie taten das, was ihnen die Regierungsbeamten befahlen. Pandit Jawaharlal Nehru und der Abgeordnete Jaipal Singh reisten in die Region, um das Vorhaben zu erklären und die Leute zu überreden. Pandit Nehru blieb in Rourkela, doch Jaipal Singh kam in das Dorf Laikera und hielt dort eine Versammlung ab. Dabei erklärte er, dass es für die Entwicklung des Landes und des betroffenen Gebietes notwendig sei, das Stahlwerk in Rourkela zu bauen, und dass man dafür den Mandira-Staudamm errichten müsse. Die Dorfbewohner sollten sich also nicht gegen das Projekt stellen. Zwar würden ihr Land und ihre Häuser überflutet, aber es gebe keinen Grund zur Beunruhigung: man werde ihnen „Land für Land“ geben und auch Häuser bereitstellen.

Die Menschen waren Analphabeten und konnten ihre Zukunft nicht voraussehen. Sie glaubten, was man ihnen versprach. Unsere Väter verstanden nicht, was mit ihnen passieren würde. Die Bauarbeiten begannen unverzüglich. Im Februar 1958 wurden die Bewohner des Dorfes Kantabera ohne Vorwarnung zwangsumgesiedelt. Erst nachdem man sie bereits gewaltsam aus ihrem Dorf entfernt hatte, wurde ihnen eine offizielle Mitteilung über die Zwangsumsiedlung zugestellt, so dass den Dorfbewohnern keine Möglichkeit blieb, juristisch Widerspruch einzulegen oder Widerstand zu leisten.

Am 8. Februar 1958 wurden die Bewohner des Dorfes Kantabera mitsamt ihrem Hab und Gut auf Lastwagen verladen und in den Wald von Lachhada im Unterbezirk von Bonai gebracht. Der Dschungel von Lachhada gehörte dem Staat, und man hatte schon einige Hütten für die Neuankömmlinge vorbereitet. Allerdings gab es in der Umgebung kein Trinkwasser, weshalb man die Menschen zunächst in einem Dorf namens Kondeidiha unterbrachte, das auch nur über einen einzigen Teich verfügte.

Als jedoch mehr und mehr Vertriebene in jenem Dorf zusammenkamen, wurden einige von ihnen nach Lachhada gebracht, wo man zwei Brunnen grub. Die Menschen begannen sich anzusiedeln, aber bald schon waren etwa 300 Familien in Lachhada von akutem Wassermangel bedroht. Es fehlte ihnen jegliche Existenzgrundlage. Die

Regierung wies uns an, zuerst den Dschungel zu roden. Jeden Tag fällten wir daraufhin Bäume und rodeten den Dschungel.

Wir wurden als „Displaced Persons“, d.h. als Zwangsenteignete, in die Region gebracht, aber wir arbeiteten dort wie Sklaven. Im März versiegte der Brunnen, und wir hatten kein Trinkwasser mehr. Wir beschwerten uns beim zuständigen Beamten wegen der Wasserknappheit, woraufhin dieser von Kondeidiha große Fässer mit Lastwagen anliefern ließ. Das Wasser stammte aus einem verschmutzten Teich und wurde nun an jede Familie verteilt. Jeden Tag erhielten wir auf diese Weise abends Wasser aus diesem Teich. Durch das verseuchte Wasser traten bald Krankheiten wie Cholera, Durchfall und Windpocken auf, an denen viele Menschen starben. Nacheinander fielen sie den Infektionen zum Opfer.

Weil die umgesiedelten Menschen sehr verängstigt waren, hielten viele von ihnen es dort nicht mehr aus und suchten Schutz bei Verwandten in der alten Heimat. Diejenigen, die nicht zurück gehen konnten, siedelten trotz aller Schwierigkeiten weiter in Lachhada. Es war ein großer Verrat, der hier von Seiten der Regierung begangen wurde. Einige Regierungsbeamte hatten den Auftrag, in Lachhada zu bleiben, um die Leute dort zu beaufsichtigen, aber wir hatten keinen Nutzen von ihrer Präsenz.

Ich will es Ihnen noch einmal sagen: Wir mussten sehr viel ertragen an diesem Ort, besonders durch den Trinkwassermangel, das Fehlen von Geschäften, Bildungseinrichtungen, ordentlichen Verkehrsverbindungen usw. Wir begannen also selbst mit dem Aufbau einer Grundschule für unsere Kinder. Die Schule wurde später von der Regierung anerkannt, und dann gründeten wir eine Mittelstufenschule für die Kinder, die von uns selbst in Eigenregie geführt wurde. Sie wurde von der Regierung ebenfalls anerkannt, und wir begannen mit dem Betrieb einer privaten Oberschule, wiederum in unbezahlter Eigenarbeit und ohne Hilfe der Regierung. Mit der Zeit wurde auch die Oberschule von der Regierung anerkannt und in das staatliche Schulsystem eingegliedert. Ursprünglich hatte die Regierung versprochen, für uns eine Oberschule bereitzustellen; da jedoch die Regierung dieses Versprechen nicht einlöste, mussten wir die Initiative ergreifen – wir, die Zwangsenteigneten selbst.

Auch zum Thema Gesundheitsfürsorge möchte ich noch etwas sagen. Als unsere Leute krank wurden, war das ein großes Problem für uns, denn es standen keine Medikamente zur Verfügung. Wir informierten die Regierungsbeamten in Bonai über die katastrophale medizinische Lage der Vertriebenen. Die zuständigen Beamten reisten an, um die Kranken zu begutachten, aber als sie sahen, wie viele Leute bereits an diversen und auch ansteckenden Krankheiten litten, bekamen sie es mit der Angst zu tun und wollten sich niemandem mehr nähern. So reisten sie unverrichteter Dinge wieder ab. Da wir nicht zur alteingesessenen Bevölkerung zählten, kümmerten sie sich nicht um die Bitten, die wir an sie richteten, und lehnten es ab, jegliche Verantwortung zu übernehmen. Sie überließen uns nur die Medikamente, die sie aus Bonai mitgebracht hatten, jedoch erklärte uns niemand deren Anwendung, und wir verteilten sie unter den Kranken ohne Anleitung durch einen Arzt oder Apotheker. Vom ersten Tag unserer

Ansiedlung bis heute hat man für uns keine medizinischen Einrichtungen bereit gestellt. Unser Gebiet wird lediglich von einer Hilfskrankenschwester betreut, die auch Hebamme ist; eine medizinische Grundversorgung gibt es nicht. Ernsthaft erkrankte Patienten werden zur Behandlung in weit entfernte Zentren wie Gurundia, Bonai oder Rourkela gebracht. Und arme Leute wie wir haben eine Menge Gesundheitsprobleme. Auch was das Land betrifft, möchte ich noch etwas sagen. Die Regierung hatte uns „Land für Land“ versprochen. Also hofften wir, am neuen Siedlungsort fruchtbaren Boden vorzufinden, aber zu unserer Überraschung erhielten wir steinig, unfruchtbares und unproduktives Land. Die gesamte Gegend ist hügelig und mit Steinen übersät, was es uns unmöglich machte, das Land zu bebauen. Wenn die Leute nichts zu essen haben, woher sollen sie die Kraft nehmen, das Land für den Ackerbau herzurichten? Auf diese Weise quälten sich die Leute sehr hart und sehr lange ab, bis die Felder endlich bestellt waren. Mit jedem Tag, an dem sie das Land nicht zum Ackerbau nutzen konnten, wurden unsere Leute ärmer und ärmer. Aber kein Regierungsbeamter war daran interessiert, sich dieser bedürftigen Menschen anzunehmen. Völlig vernachlässigt und allein gelassen, versanken die Leute in ihrer eigenen Hilflosigkeit.

Über Arbeitsplätze will ich Ihnen auch noch etwas erzählen. Die Regierung hatte versprochen, jedem registrierten Bewohner der Siedlung eine Anstellung im Stahlwerk zu verschaffen, aber das war ein groß angelegter Schwindel, und anfangs bekam niemand einen Job. Erst als wir uns immer wieder beschwerten, erhielten einige der Zwangsumgesiedelten unter großen Schwierigkeiten eine Anstellung im Stahlwerk, allerdings auch nur in Einzelfällen. Diejenigen, die eine Anstellung fanden, waren dann in der Lage, ihre Lebensumstände und die ihrer Familien etwas zu erleichtern. Sie schafften es, ihre Felder zu bestellen, sie bauten Häuser, kümmerten sich um ihre Familien und sicherten sich ein besseres Leben.

Die Leute, die im Stahlwerk Arbeit gefunden hatten, sprachen immer wieder bei Regierungsvertretern vor, um auf die erbärmlichen Zustände in der Siedlung aufmerksam zu machen, aber niemand hörte uns zu. Sie hielten uns hin und gaben unsere Beschwerden nie an höhere Stellen weiter. Unsere Lebensumstände verbesserten sich nie.

Für uns gab es keine Straße, kein Trinkwasser, keinen Teich oder Brunnen, um uns zu waschen. Als wir uns beschwerten, wurde ein Brunnen gegraben – und wir mussten noch dabei mithelfen. Wir waren gezwungen, als Tagelöhner zu arbeiten, da wir keine andere Erwerbsquelle hatten.

Manche Leute hatten unter diesen Bedingungen große Schwierigkeiten, ihre Familien zu ernähren, weshalb sie ein weiteres Mal gezwungen waren, ihr Dorf zu verlassen und andernorts ein Auskommen zu finden. Einige gingen nach Rourkela und in andere Orte, um für Bauunternehmen als Tagelöhner zu arbeiten; das half ihnen, sich einigermaßen über Wasser zu halten und ihre Familien zu ernähren.

Trotz aller Schwierigkeiten und Entbehrungen verstanden sich die Vertriebenen der Umsiedlungskolonie von Lachhada als eine Gemeinschaft, die sie schützten und

pfliegten. Sie arbeiteten miteinander und halfen sich gegenseitig, um das gemeinsame Überleben zu sichern.

Die Regierung hatte uns eine Entschädigung auf der Grundlage „Haus gegen Haus“ zugesagt, aber auch dieses Versprechen wurde nie eingelöst. Stattdessen bekam jede Familie 200 Rupien, und wir erhielten die Anweisung, mit dem Geld unsere eigenen Häuser zu bauen. Es lag also alles in unserer eigenen Hand, in Gemeinschaftsarbeit und mit gegenseitiger Hilfe unsere Häuser selbst zu bauen und unsere Felder selbst zu bestellen. Bis heute haben wir unseren Gemeinschaftssinn, unsere innige Verbundenheit und Bereitschaft zur gegenseitigen Unterstützung bewahrt. Ohne diesen Zusammenhalt hätten wir nicht überlebt. Die meisten von uns sind Adivasi, und es entspricht unserem Brauchtum und unserer Kultur, in einer Gemeinschaft zu leben. Wir haben diese Kultur beibehalten.

Die heutige Generation hingegen läuft Gefahr, ihren Zusammenhalt zu verlieren. Ohne gute Schulbildung können unsere Kinder nicht mit anderen Gleichaltrigen mithalten. Unsere Lebensqualität ist weiterhin unterdurchschnittlich. Die Regierung hätte uns helfen können, unseren Lebensstandard zu verbessern, aber leider interessiert sich niemand für uns. Entsprechend sieht es auch in allen anderen Bereichen des täglichen Lebens aus. Wir fristen ein menschenunwürdiges Dasein.

Über 50 Jahre sind vergangen, seit man uns hier ansiedelte. Während dieser gesamten Zeit lebten die Bewohner der Neuansiedlung in Dunkelheit, weil es keine Elektrizität gab. Vor einiger Zeit wurden Leitungen verlegt, aber diese sind bis heute noch nicht an das Stromnetz angeschlossen. Die Leute warten noch immer auf elektrisches Licht. Wir hoffen weiterhin, dass die Regierung von Orissa und auch die Betreiber des Stahlwerks in Rourkela eine gute Straße bis zu unserer Siedlung bauen lassen. [...] Wir verlangen, dass eine geteerte Straße gebaut wird und dass eine Trinkwasserversorgung eingerichtet wird, also etwa mehr Brunnen gegraben und auch ein Tiefbrunnen gebohrt werden. Bis heute benutzen wir den von uns selbst, eigenhändig gegrabenen Brunnen, aber die Wassermenge ist nicht ausreichend. Unseren Leuten könnte es besser gehen, wenn die Regierung uns mit sauberem Wasser versorgen würde, so wie wir es verlangen. [...]

Abschließend möchte ich noch sagen, dass ehrenamtlich Tätige und Menschenrechtsaktivisten aus Deutschland uns regelmäßig besuchen, um die Situation der Zwangsentlegneten zu dokumentieren. Sie haben alle Umsiedlungskolonien besucht und Befragungen in diesen Gebieten durchgeführt. Sie kennen die wahren Lebensumstände der Vertriebenen. Es ist daher unsere bescheidene Bitte an sie, sich der Sache persönlich anzunehmen und die notwendigen Schritte zur Entwicklung der Umsiedlungskolonien zu unternehmen. Wir erwarten von ihnen außerdem Vorschläge, wie wir selbst unsere eigenen Lebensbedingungen verbessern können.

Die deutsche Regierung hat eine Menge Geld in die Errichtung der Werksanlage gesteckt. Als Ergebnis davon wurden die Adivasi entwurzelt und vom Land ihrer Vorfahren weggerissen. Es wäre daher angemessen und gerecht, dass die deutsche

Regierung den Zwangsumgesiedelten hilft und so ihren guten Willen beweist. Das ist unser Wunsch.